

M i l l a b a d e r Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inwendigen Bezugs monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Dr. 50 bei der Oberamtskanzlei Heubühlweg Wildbad. — Druckerei: Enzthalweg Haberle & Co., Wildbad; Forstheimer Gewerbeamt (Städt. Wildbad). — Volksdruckerei 201 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einfache Zeile ober dem Baum im Regal Grandpreis 15 Pf., unterhalb 20 Pf. — Kleinanzeige 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Zustellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkretenfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rückzahlung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw. Wilhelmstraße 98, Telefon 479. — Wohnung: Haus Volmer

Nummer 43

Februar 1932

Montag den 22. Februar 1932

Februar 479

67. Jahrgang.

Der Memelstreit vor dem Rat

Kein Erfolg

Genf, 21. Febr. Der Völkerbundrat ist vom Ratspräsidenten Paul-Boncour zu Samstagmorgen zur Behandlung der Memelfrage einberufen worden.

Der Ausgang der Verhandlungen im Rat ist, soweit sich bisher übersehen läßt, noch völlig ungewiß. In den Verhandlungen, die der Berichterstatter des Völkerbunds, der norwegische Botschafter Colban, mit den Juristen der englischen, französischen und italienischen Abordnung, sowie den beiden beteiligten Abordnungen geführt hat, sind die deutschen Forderungen auf Sicherung der Memelautonomie, Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustands und Feststellung der Gesetzmäßigkeit der litauischen Maßnahmen deutlich zum Ausdruck gekommen; jedoch ist es bisher nicht gelungen, eine Lösung zu finden, da alle Vorschläge Colbans an dem hartnäckigen Widerstand des litauischen Außenministers Janus gescheitert sind. Janus hat nicht nur alle Vorschläge abgelehnt, sondern auch das Bestehen eines Rechtsbruchs bestritten und sogar die Frage aufgeworfen, ob nicht zuerst die Zuständigkeit des Völkerbundsrats und das gesamte Verfahren vor dem Völkerbundrat in der Memelfrage durch den internationalen Haager Gerichtshof geklärt werden sollte.

Staatssekretär von Bülow betonte, daß die Memelfrage ein Gefahrenpunkt in Europa geworden sei. Seit 1928 sei Litauen ein fast ständiger Gast am Ratsstisch. Deutschland habe an der Frage deshalb ein besonderes Interesse, weil das Memelgebiet an der deutschen Grenze liege und seine Bevölkerung 700 Jahre lang zu Deutschland gehört habe. Ueber den deutschen Charakter der Bevölkerung sei kein Zweifel, und nicht ohne Grund hätten die verbündeten Mächte dem Memelgebiet im Jahr 1924 besondere Garantien für die Erhaltung seiner Kultur gegeben. Seit 1927 stehe das Memelgebiet unter Kriegsverbot. In unerhörter Weise werde die Bevölkerung an der Ausübung ihrer Grundrechte gehindert. Die Lage habe sich verschärft seit dem Amtsantritt des früheren Kriegsministers Merks als Gouverneur.

Einen weiteren Mißstand bilde die Verschleppung des Finanzgleichs zwischen Litauen und dem Memelgebiet. Das Direktorium sei, da es ausschließlich aus Mitgliedern der Mehrheitsparteien bestanden habe, dem Gouverneur von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen. Er warne dringend davor, durch Verweisung an das Haager Gericht sich mit einem solchen Verlagen des Völkerbundsmechanismus und des Memelstatuts abzufinden. Es wäre für den Völkerbund fast ebenso niederstimmend wie für die Bevölkerung, die durch das Memelstatut geschützt werden soll. Es würde bedeuten, daß die Memelländer so gut wie rechtlos der Willkür einer ihnen nicht wohlgesinnten Obrigkeit ausgeliefert werden.

Litauen moralisch verurteilt.

Genf, 21. Februar. Im weiteren Verlauf der Sitzung des Völkerbundsrates verwarf die litauische Außenminister Janus gegen die Erklärungen Bülows, die gegen die Ehre Litauens verließen. Er behauptete dabei, Bülow habe sich in die inneren Angelegenheiten Litauens eingemischt.

Der Vertreter der englischen Regierung erklärte, daß die gegenwärtige Lage im Memelgebiet zweifellos unnormal sei. Die erste Aufgabe sei jetzt ein neues Direktorium zu schaffen, das das Vertrauen des Landtages habe. Er bedauere, daß Litauen die Einholung eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes verweigere. Der Appell des Berichterstatters und der deutschen Regierung an die vier Unterzeichnermächte sei sehr wichtig. Er werde diesen Appell seiner Regierung übermitteln und zweifle nicht, daß diese ihm die ernste Aufmerksamkeit schenken werde. Die Vertreter der drei übrigen Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens, Frankreich, Italien und Japan, schlossen sich den Erklärungen des englischen Vertreters an.

Die Vorschläge des Berichterstatters Colban wurden sodann unter ausdrücklichem Vorbehalt des litauischen Außenministers angenommen. Sie bestehen aus vier Punkten:

1. Gewissenhafte Einhaltung sämtlicher internationaler Verpflichtungen der für das Memelgebiet in Frage kommenden Bestimmungen.

2. Die Lage im Memelgebiet ist außerordentlich ernst. Dringende Maßnahmen zur Vermeidung jeder Verschärfung der Lage müssen sofort ergriffen werden.

3. Sofortige Bildung eines rechtmäßigen Direktoriums, das sich dem Landtag vorstellen und sein Vertrauen haben muß.

4. Klärung der Rechtsfrage, ob die Abberufung des Präsidenten Bötker rechtmäßig war oder nicht, durch den Haager Gerichtshof.

Nach der Annahme der Vorschläge Colbans wurde die Sitzung geschlossen.

Tagespiegel.

Prinzessin Karoline Mathilde von Schleswig-Holstein, die jüngere Schwester der verstorbenen Kaiserin, ist am Samstag im Alter von 72 Jahren auf Schloß Grünholz bei Ederndorfe gestorben.

Wie T. erfährt, ist vor Montag keine Entscheidung über eine Reichspräsidentenwahlkandidatur der nationalen Opposition zu erwarten.

Der Kreislandbundesvorsitzende von Solbin, Herr Stavenhagen, der 1930 mit einem großen Teil des Landbunds zur Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei übergetreten war, ist aus dieser Partei ausgetreten und wieder Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei geworden.

Painlevé ist bei der Bildung des neuen französischen Kabinetts auf solche Schwierigkeiten gestoßen, daß er darauf verzichtet hat.

Der amerikanische Senat hat das Kreditverweigerungs-gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Der Völkerbundrat hat beschlossen, entsprechend dem chinesischen Antrag die Völkerbundsversammlung auf 3. März einzuberufen.

Die Reichsregierung wird nach amtlicher Mitteilung angesichts der Versorgungsfrage auf dem Weizenmarkt demnächst Maßnahmen ergreifen, die eine Erleichterung in der Versorgung der Mühlen mit Auslandsweizen herbeiführen.

Außer den Kommunisten werden auch die Deutschnationalen einen Mißtrauensantrag im Reichstag, der bekanntlich am Dienstag zusammentritt, einbringen. Die Entscheidung über die Mißtrauensanträge, die auch noch von anderer Seite eingebracht werden — im ganzen sollen es sechs sein — wird voraussichtlich am nächsten Samstag fallen.

Das Redeverbot für den nationalsozialistischen Führer und Reichstagsabgeordneten Dr. Göbbels-Berlin wurde ab Montag aufgehoben.

Der Völkerbundrat hat beschlossen, den Memelstreit dem Haager Schiedsgericht zu überweisen.

Die Abrüstungskonferenz wurde auf Mittwoch vertagt.

An Stelle Painlevés ist der bisherige Kriegsminister Lardieu mit der Neubildung des französischen Kabinetts beauftragt worden. Die Linke hat die Mitwirkung nunmehr abgelehnt.

Die Kämpfe bei Shanghai haben über den ganzen Samstag andauert. Die japanische Artillerie hat am Sonntag morgen das Feuer wieder eröffnet. Die Wusung-Forts sind noch im Besitz der Chinesen.

Von der Abrüstungskonferenz

Die Meinung Südafrikas

Genf, 21. Febr. Am Samstagvormittag fand eine kurze Vollsitzung statt. Der Vertreter der Südafrikanischen Union, Dr. Bator, erklärte, die italienischen Vorschläge haben in ihrer Klarheit, ihrem Mut und ihrer weitsehenden Politik einen starken Eindruck auf seine Abordnung gemacht. Das von der französischen Regierung angestrebte Ziel werde nur erreicht werden können, wenn alle Völker tatsächlich abgerüstet seien. Er sehe sich leider gezwungen, festzustellen, daß fünf Großmächte, die an den Völkerbundspakt und die internationalen Verträge durch Ehrenverpflichtungen gebunden seien, ihre Rüstungen um 3½ Milliarden Goldfranken in den letzten sieben Jahren erhöht hätten. Im Jahr 1931 hätten sechs europäische Großmächte von neuem ungeheure Summen für ihre Rüstungen verwandt.

Der Krieg in Ostasien

Der große Angriff

Shanghai, 21. Febr. Am Samstag vormittag gegen 9 Uhr (morgens früh mitteleuropäische Zeit) begannen die Japaner, 13 000 Mann stark und von Seesoldaten unterstützt, den großen Angriff. Die Stoßtruppen gingen auf der langen Front zwischen Schapei und Hongkew in westlicher Richtung auf das etwa 3,5 Kilometer nördlich von Hongkew gelegene Kiangwan vor, um die Wusung-Eisenbahnlinie zu besetzen und dadurch ihre Flanken zu decken. Durch einen kräftigen Gegenstoß der Chinesen wurden die Japaner, die in Kiangwan eingebrungen waren, wieder zurückgeworfen. Versteckt aufgestellte 10,5-Zentimeter-Geschütze legten die japanischen Panzerwagen, 15 an der

Zahl, teilweise außer Besatz oder zwangen sie zum Rückzug. Nach der Meldung des japanischen Hauptquartiers sollen die Japaner trotz hartem Widerstand um 11 Uhr die Gebäude des Sportklubs, die am Rand der Ortschaft Kiangwan liegen, wieder besetzt haben. Kiangwan wurde von zahlreichen Flugzeugen mit Bomben besetzt. Nach erfolgter Besetzung der Bahnlinie soll der Angriff auf Schapei gerichtet werden.

Der Angriff auf Kiangwan ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil dieser Ort von Teilen der 87. u. 88. Division des Heers Tschianakaischets, also der chinesischen Zentralregierung in Nanking, verteidigt wird. Bisher waren diese Truppen noch nicht in die militärischen Feindseligkeiten verwickelt, sondern nur das sogenannte 19. Heer, das aus freiwilligen Kantonesen usw. bestehen soll.

Ein japanisches Kriegsschiff wurde von einer chinesischen Granate getroffen; mehrere Granaten schlugen in unmittelbarer Nähe des Standorts des japanischen Oberbefehlshabers ein.

Der japanische Angriffsplan scheint darauf angelegt zu sein: Die von Hongkew bis Baoischa reichende japanische Frontlinie soll eine südwestlich gerichtete Umgehung ausführen, unter gleichzeitigem Vorstoß des Zentrums auf den Knotenpunkt der Schanghai-Nanking-Schanghai-Hangtschau-Bahn.

Dadurch sollen die 11 000 in Schapei befindlichen chinesischen Truppen abgeschnitten und gegen den Suichau-Kanal gedrängt werden, auf dessen anderer Seite die amerikanischen und englischen Truppen stehen. Gleichzeitig sollen 3000 Japaner die Wusung-Forts und das Dorf Wusung einschließen.

Der japanische Angriff wurde mit heftigem Artilleriefeuer fortgesetzt, das die Chinesen, die ihre Stellungen zäh halten, alsbald erwiderten. Schapei wird fluchtartig von der einheimischen Bevölkerung geräumt. Viele Tausende haben sich auf Dschunken geflüchtet, da alle Wege stromaufwärts mitten durch den Kriegsschauplatz führen.

Kiangwan von Japanern besetzt.

London, 21. Februar. Nach englischen Meldungen aus Schanghai haben die Japaner nach einem von zwei Regimentern unternommenen Fortangriff Kiangwan eingenommen.

Erste Beurteilung in London

London, 21. Febr. Die Lage in China wird von der britischen Regierung sehr ernst beurteilt. Es wurde ein besonderer Ausschuß des Kabinetts eingesetzt, dem Baldwin, der Kriegsminister und der Erste Lord der Admiralität angehören und der jederzeit bereit sein muß. Die englischen Schiffe vor Schanghai haben Befehl erhalten, sich zur Aufnahme von Frauen und Kindern zur Verfügung zu stellen, falls die Stadt geräumt werden sollte.

Auf Vorstellungen der militärischen Vertreter von England, Amerika, Frankreich und Italien beim chinesischen Befehlshaber, Tchai, eine Beschießung der Fremdenmissionen zu vermeiden, erwiderte Tchai, er werde nur solche Gebiete unter Feuer nehmen, in denen sich japanische Truppen befinden. Starke chinesische Verstärkungen sind im Anmarsch auf Schanghai. In Nanking sollen fortgesetzt Eisenbahnzüge mit Truppen aus Nordchina eintreffen.

Verhaftungen in Tokio

Tokio, 21. Febr. Infolge der Vorbereitungen sind in Tokio 604 Personen unter der Beschuldigung kommunistischer Umtriebe verhaftet worden.

Die neuen französischen Männer.

Das Kabinett Lardieu.

Paris, 21. Febr. Andre Lardieu hat nach Mitternacht sein Kabinett folgendermaßen gebildet:

Ministerpräsidentium und Auswärtige Angelegenheiten: Lardieu.

Justizministerium und Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen: Reynaud.

Innere: Mahieu.

Finanzen: Flandin.

Nationale Verteidigung: Pietri.

Öffentlicher Unterricht: Mario Ronfan.

Pensionen und besetzte Gebiete: Chempetier de Ribes.

Arbeit: Caval.

Öffentliche Gesundheitspflege: Blajoi.

Öffentliche Arbeiten, Verkehrsweisen und Handelsmarine: Guenier.

Landwirtschaft: Dr. Chauveau.

Handel, Post- und Telegraphenverwaltung: Rollin.

Kolonien: de Chappedelaine.

1932 Dieses Jahr kein Katarrh
wenn Du **Wissner**
99 u. 48 Pf. nimmst!

Das Kabinett zählt 7 Mitglieder weniger als das vorausgegangene Kabinett. Das Budgetministerium ist mit dem Finanzministerium, das Ministerium für Handelsmarine und Handelsluftfahrt mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Post- und Telegraphenministerium mit dem Ministerium für Handel wieder vereinigt worden. Neu geschaffen wurde das Ministerium für nationale Verteidigung, das die bisherigen Ministerien für Heereswesen, Kriegsmarine und Militärluftfahrt vereinigt.

Dem neuen Kabinett gehören unter anderen an: ein Sozialrepublikaner und ein Unabhängiger, 3 Mitglieder der Radikalen Linken, 6 Linksrepublikaner, 2 Mitglieder der Fraktion Franklin-Bouillon, ein katholischer Demokrat, 2 Mitglieder der Demokratisch-Sozialen Aktion, Fraktion Maginot, und 2 Mitglieder der Demokratisch-Republikanischen Union, Fraktion Marin.

Das neue Kabinett tritt am Dienstag vor das Parlament. Lardieu beabsichtigt, am kommenden Mittwoch nach Genf abzureisen, um die Führung der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz wieder zu übernehmen.

Neue Nachrichten

Blutiger Zusammenstoß

Schweidnitz, 21. Febr. In einer nationalsozialistischen Versammlung in Saarau (Niederschlesien) kam es zu einem schweren Zusammenstoß mit Kommunisten und Reichsbannerleuten, der sich auf der Straße fortsetzte, als die Bandjäger den Saal räumte. Ein junger Nationalsozialist wurde erschossen, mehrere durch Schüsse schwer verletzt. Einem völlig unbeteiligten Brauereiverwalter wurde mit einem Stein der Schädel eingeschlagen.

Wieder Todesstrafe in Oesterreich?

Wien, 21. Febr. Im Zusammenhang mit dem Fall des Frauenmörders Landenbach und anderen Morden, die in der letzten Zeit die Wiener Bevölkerung erregten, ist die Eignetheit zur Wiedereinführung der Todesstrafe gestiegen. Regierungsmitglieder haben erklärt, daß sie in Versammlungen, in denen sie darüber sprachen, einen derartigen Widerhall fanden, daß man in einer der nächsten Ministerratsitzungen über die Möglichkeiten eines solchen Schrittes sprechen wird. Der Bundeskanzler führt als ausschlaggebend die Gefängnisänderung eines Fachmannes an, doch der deutsche Strafrechtslehrer Geheimrat Kahl, bisher ein Gegner der Todesstrafe, seinen Standpunkt in dieser Frage gleichfalls geändert habe. Die Todesstrafe wird allerdings in Oesterreich sehr schwer wieder einzuführen sein, da sie verfassungsgesetzlich, ausgenommen im standrechtlichen Verfahren, abgeschafft ist. Verfassungsändernde Gesetze können aber nur mit Zweidrittelmehrheit, also niemals gegen die Sozialdemokraten, angenommen werden.

Bombenexplosion in Barcelona

Paris, 21. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Barcelona soll gestern Abend am Rathaus eine Bombe geplatzt sein, die beträchtlichen Schaden angerichtet hat. In Tartasa soll es der Polizei gelungen sein, ein Sprengstofflager zu entdecken und etwa 100 Bomben sicherzustellen.

Biersteuererhöhung auf 1. April

Berlin, 21. Febr. Nach amtlicher Mitteilung wird bis 1. April die Getränksteuer neu geregelt. Diese Steuer hat sich als derart überschraubt erwiesen, daß sie den angenommenen Steuerertrag bis weitem nicht aufgebracht hat. Der Hauptplan gerät aber weiter in Unordnung, wenn die Biersteuer den Anschlag nicht ausbringt. Die Verordnung über die Preisfestsetzung soll bestehen bleiben. Es wird untersucht, ob die Gemeindesteuer ganz beseitigt oder etwa auf 5 Mark je Hektoliter herabgesetzt die Reichsteuer dagegen um etwa 3 Mark erhöht werden kann. Gegen diesen Plan wendet sich aber Bayern ganz entschieden, weil er für Bayern, das sich zur Brauereigemeinschaft gehört, eine weitere Bierpreis-erhöhung bedeuten würde. Denn im Gegensatz zu Norddeutschland geht seine Gemeindesteuerüberhebung überhaupt nicht über 5 Mark hinaus. Daher würde, wie der bayerische Staatsrat Schäffer in Berlin erklärte, das in Form einer erhöhten Reichsteuer dem bayerischen Biertrinker abgenommene Geld ausschließlich den norddeutschen Gemeinden und Gastwirten zugute kommen. Jedenfalls aber wird die Biersteuer auf irgendeine Art ermäßigt werden.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 20. Februar.

In der heutigen Sitzung des Landtags kamen verschiedene Anträge zur Beratung. Zunächst wurde ein Antrag Rubin (Z.) betr. härtere Verwendung von Grünlern als Suspendierartikel in den staatlichen und körperschaftlichen Anstalten des Landes sowie des Reiches einstimmig angenommen. Dann gab es über die Holzhauerlöhne eine längere Aussprache, an der sich die Abg. Vollmer (Komm.), Ruggaber (Soz.), Keil (Soz.), Ellinger (V.V.), Gengler (Z.), Hartmann (D.B.), Bausch (C.D.) und Dr. v. Hieber (Dem.) beteiligten. Forstpräsident Dr. König erklärte, daß vom 1. Februar die Haushaltszulage für die Holzhauer wieder eingeführt wurde und daß der Abzug bei den Akkordarbeiten von 10 auf 5 Prozent ermäßigt ist. Man müsse auf die Lage der Forstwirtschaft Rücksicht nehmen, die sich immer mehr verschlechtert. Es seien Fälle vorgekommen, in denen für größere Posten Holz weniger erlöst wurde, als vorher an Holzhauerlöhnen bezahlt werden mußte. Oberforstrat Maurer wies darauf hin, daß die Holzhauer jetzt auch der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung teilhaftig werden und daß sie besser daran seien als die landw. Arbeiter. Bei einzelnen Holzhauer-Gesellschaften sei schlechte Arbeitsleistung festzustellen gewesen.

Eine lange Erörterung knüpfte sich dann zum Schluß noch an einen Antrag des Bauernbunds, die Regierung möge mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß nach der im vorigen Jahr erfolgten Stilllegung der Zuckerrabrik Jütlingen nicht auch noch die württ. Zuckerrabrik in Heilbronn außer Betrieb gesetzt wird. Alle Redner sprachen sich für den Antrag aus. Dabei wurde betont, daß man der Stilllegungspolitik des Zuckerkonzerns entschieden entgegenzutreten müsse.

Ministerialdirektor Staiger hob hervor, daß infolge der großen Vorräte und des geringen Absatzes eine weitere Produktionseinschränkung notwendig werde. Die Aktien der Südd. Zucker A.G., zu der auch noch die Zuckerrabrik in Stuttgart gehöre, seien größtenteils in ausländischen Händen. In Verbindung mit der Stadtverwaltung und der Handelskammer Heilbronn würden Verhandlungen mit dem Vorstand der Zucker-A.G. geführt werden, damit die Heilbronner Fabrik bestehen bleibe. Ob Aussichten dafür bestehen, sei schwer zu sagen. Eventuell müßten Vergünstigungen wie Steuernachlaß eingeräumt werden.

Der Antrag des Bauernbunds wurde einstimmig angenommen.

Die nächste und letzte Tagung des Landtags vor den Wahlen findet Mitte März nach der Reichspräsidentenwahl statt.

Vorverlegung der württ. Landtagswahlen

Stuttgart, 21. Febr. Als Termin für die württembergischen Landtagswahlen, die gemeinsam mit den Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Anhalt stattfinden sollen, war bisher der 8. Mai in Aussicht genommen. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ mitteilt, besteht jetzt der Plan, diese Wahlen vorzuverlegen und zwar auf den 10. April, an dem, falls nicht schon im ersten Wahlgang eine Entscheidung fällt, der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl stattfinden soll. Mit dieser Nachricht deckt sich die Meldung des „Deutschen Volksblatts“, daß die Landtagswahlen in Preußen und Württemberg sehr wahrscheinlich früher, als bisher beabsichtigt, stattfinden werden und daher bereits in der kommenden Woche Besprechungen zwischen der Führung des preussischen und württembergischen Zentrums zur endgültigen Festsetzung des Wahltermins stattfinden.

Württemberg

Stuttgart, 21. Februar.

Das achte Schuljahr. Ein Erlass des Kultministeriums über den Volksschullehrplan im Schuljahr 1932/33 bestimmt: Bei der Unsicherheit der Lage muß zunächst bei allen Maßnahmen, die mit der Dauer der Schulpflicht in den einzelnen Gemeinden zusammenhängen, praktisch so verfahren



würden, daß der bis 1. April 1933 geltende Rechtszustand, also die Befreiung vorläufig auch weiterhin zugrundegelegt wird. Insbesondere bleiben demnach im Schuljahr 1932/33 die Bestimmungen in Kraft, die in den Erlassen vom 9. Mai 1927 und vom 6. Oktober 1927 für die örtlichen Lehrpläne solcher Volksschulen getroffen worden sind, in denen die Einführung des achten Schuljahres aufgeschoben ist.

Nach einem Erlass des Kultministeriums muß von der Abhaltung der Bezirksschulversammlungen im Jahr 1932 aus Gründen der Sparlichkeit abgesehen werden.

Am den Termin der Landtagswahlen. Wie das „Deutsche Volksblatt“ mitteilt, finden in der kommenden Woche zwischen der Führung der preussischen Zentrums- und dem württembergischen Zentrum Besprechungen über die endgültige Festsetzung des Termins für die Landtagswahlen statt, die nach Möglichkeit gleichzeitig vorgenommen werden sollen.

Die Saalschlacht im Bürgermuseum. Die Verhandlung konnte auch am Samstag vor dem Schnellschöffengericht nicht zu Ende geführt werden, da von beiden Seiten neue Beweisanträge gestellt wurden. Angeklagt ist nun auch, wie bereits berichtet, ein Mitglied des Reichsbanners wegen Landfriedensbruchs, Waffenmißbrauchs und groben Unfs.

Das Autounfall auf der Oepfeler Landstraße. Die Ermittlungen über das schwere Autounfall beim Bahnübergang auf der Oepfeler Landstraße (Oberpfälzer) haben ergeben, daß der schwerverletzte Kraftwagenführer Teller die Bahnstraße erst im letzten Augenblick gesehen haben will, nachdem der Versicherungsdirektor Stäbber ihn zugerufen hatte: „Ein Zug kommt!“ In der Aufregung hat Teller den Gashebel statt der Bremse gezogen, wodurch das Auto eine noch größere Geschwindigkeit bekam. Trotz sofortigen Herumfahrens der Steuerung nach links konnte Teller den Zusammenstoß nicht mehr verhindern. Die polizeilich beschlagnahmte Leiche Stäbbers ist freigegeben und nach Stuttgart überführt worden.

Aufgefundene Kindsleiche. Am 16. Februar nachmittags wurde in Cannstatt bei der Wilhelmstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aus dem Neckar geborgen. Das Kind war lebensfähig und in eine weiße Schutzschachtel für Schutzgröße Nr. 39, in der sich außerdem noch ein Macktuch von schwarzer Farbe befand, verpackt. Die Kindsmutter konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Oberrückheim, 20. Febr. Brand in einer Mühle. In einer Schrottmühle der Cannstatter Straße geriet vormittags beim Mahlen von Tabakrippen aus noch nicht festgestellter Ursache Tabakstaub in Brand. Das Feuer wurde von der Feuerwache 3 und der Feuert. Feuerweh Oberrückheim gelöscht. Die Höhe des verursachten Schadens ist noch nicht festgestellt.

Todesfall. Nach mehrjährigem Leiden ist hier im Alter von 82 Jahren Verlagsbuchhändler Ernst Geiner, der Senior der Verlagsanstalt Greiner und Pfeiffer, gestorben. An der Entwicklung dieses angenehmen Verlagsgeschäftes hatte Ernst Geiner regen Anteil. Sein Leiden zwang ihn aber schon vor Jahren, sich vom Geschäft zurückzuziehen.

Vom Landesheather. Nach einer von dem badischen Unterrichtsminister gemachten Mitteilung sind zwischen den Theatern in Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Stuttgart Vereinbarungen über das Solopersonal getroffen worden.

ep. Pfarrvereinstagung. Die Hauptversammlung des Ep. Pfarrvereins von Württemberg findet am Mittwoch, 30. März im Herzog Christoph statt. Privatdozent Dr. Wendland-Heidelberg wird über „Die theologischen Grundlagen der Politik“ sprechen. Tags zuvor ist die Vertrauensmänner-Versammlung.

Wirtschaftsverkauf. Die Firma Hermann Tief hat das Gebäude Schmalstraße 3 mit der Gastwirtschaft „Wiedmaier Unter der Mauer“ käuflich erworben. Von Wiedmaier war in besonderem Maße Einspruch gegen den von der Fa. Tief geplanten Turmbau erhoben worden.

Aus dem Lande

Kornfel, 21. Febr. Todesfall. In der Nacht auf Samstag starb hier unerwartet rasch der Bundesvorsitzende des Württ. evang. Jungmännerbundes, Pfarrer Paul Heim. Seit 1914 leitete er das evang. Jungmännerwerk und war als treuer Freund und Berater, als Führer und Förderer des großen Werks in den weitesten Kreisen anerkannt und beliebt.

Urach, 21. Febr. Verzicht auf die Sitzungsgelder — Gaspreis ermäßigt. In der Sitzung des Gemeinderats konnte der Vorsitzende die Mitteilung machen, daß die Mitglieder der nationalsoz. Rat-

Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von Paul Grabein
Copyright 1930 by Romandienat „Digo“ Berlin W 30.

90. Fortsetzung. Hoffentlich recht bald.

„Im folgenden Falle irren Sie sich, gnädige Frau. Die betreffende Dame ist, wenn auch gewiß leidend, doch voll verantwortlich für ihre Handlungen. Sie müssen mir als Arzt schon ein maßgebendes Urteil darüber gestatten. Und was Ihre Forderungen in ihrer Angelegenheit anlangt, so seien Sie überzeugt: Ich habe noch nie in meinem Leben ohne hinreichenden Grund verurteilt — niemals! Wenn meine Verachtung traf, der hat sie verdient. Wenn Sie mich nicht würdigen, so würden Sie auch wissen, daß es nicht meine Art ist, eigene Schuld an anderen zu büßen. Wo ich gefehlt habe, da suche ich aufs ernsteste wieder gutzumachen. Mitunter freilich wird einem die Möglichkeit dazu abgeschnitten, dann ist man ja wohl aber nicht gut verantwortlich zu machen. Dass ist so meine Auffassung von der Sache. — Aber Pardon, meine Herrschaften, daß ich hier über Moralthesen doziere.“ wandte er sich lächelnd, wieder in leichtem Ton an die anderen. „Uebrigens Ihnen, mein Freund, könnte eine kleine Moralspaule wirklich nichts schaden.“ scherzhaft drohte er zu dem jungen Berger hinüber. „Was waren denn das heut wieder für Erzesse?“

„Erzesse — ich?“ Berger heuchelte die Unschuld eines Babys.

„Wollen Sie auch noch leugnen? Sie sind ja ein ganz raffinierter Verbrecher! Wie war's denn mit dem Sektfrüh-
schoppen drunten in der Tonhalle?“

„Ach so! Mein Gott, das eine Glas! Darum hab' ich schon gar nicht mehr gedacht.“

„Nach dem Bericht des Kollegen Thiery ist's nicht bei dem einen geblieben, mein Verehrtester.“

„Hat also der Doktor wirklich gepecht? So 'ne Niedertracht!“ entrüstete sich der ertappte Sünder.

„Ja, ja — wir haben hier einen wohlorganisierten Ueberwachungsdienst für unsichere Kantonsisten!“ scherzte Wigand und erhob sich. „Also seien Sie hübsch artig. Gott sei Dank, daß wir aber nicht lauter böse Sünder haben wie Sie, sondern auch brave Patienten, die uns Freude machen.“ Er nickte lächelnd zu Fräulein Zindler hinüber, die mit schwärmerischen Augen, über das Lob strahlend, zu ihm aufblickte. „Die Damen sind überhaupt viel besser — da hat man doch auch Erfolge! Passen Sie auf, Fräulein Zindler, bald können wir Sie nach Hause schicken — kerngesund.“ Herzlich schüttelte er ihr zum Abschied die Hand, ebenso sich auch von dem jungen Berger verabschiedend. Dann machte er Ursula eine formelle Verneigung und ging weiter, seinen Repräsentantenpflichten nachzukommen.

Ein paar Stunden waren hingegangen; eine belebte Stimmung hatte sich der meisten Teilnehmer an der Abendunterhaltung bemächtigt. Nur Ursula war ernst geblieben. Alle Versuche Fräulein Zindlers, sie aufzuheitern, waren vergeblich geblieben.

„Herzlichen Dank, Kleinen! Sie meinen es so gut.“ Dankbar hatte Ursula ihre Rechte gedrückt. „Aber geben Sie sich keine Mühe mit mir — es wird heute doch nichts mehr. Ich hab' so Tage, wo meine Nerven verjagen — da läuft alles nichts. Lassen Sie sich nur nicht in Ihrer guten Laune stören. Ich muß übrigens auch endlich mal nach

meinem Mann sehen. Für ihn ist es nicht gut, zu lange allein zu bleiben.“

Ursula verließ ihren Platz und suchte in den Nebenräumen nach Drenck. Endlich entdeckte sie ihn hinten, in einer Nische des Billardzimmers, mit mehreren Herren am Tisch beim Kartenspiel.

Drenck war so vertieft in sein Spiel, daß er ihre Annäherung gar nicht bemerkte; erst nun, wo sie ihn leise anrief, sah er auf Ursula hatte im Herantreten wahrgenommen, daß die Herren jeder ein Häufchen Papiergeld, darunter auch größere Scheine, vor sich liegen hatten; anstatt des harmlosen Bridge hatten sie also ein Hazardspiel gewählt. Voller Beforgnis sah Ursula auch, wie Freds Wangen vom Spiel erregt glühten, ein weiterer Blick zeigte ihr eine größere Anzahl Weinflaschen auf einem Nebentisch — sicherlich hatte auch ihr Mann davon schon mehr als ein Glas getrunken.

Von Angst getrieben, trat sie auf die Spieler zu — sie kannte die Herren flüchtig als Hausgenossen — und ihre Worte, die scherzhaft klingen sollten, verrieten die geheime Aufregung.

„Also hier muß man dich finden, Freundchen! Aber nun ist's genug, meine Herren, geben Sie mir den treulosen Gatten wieder, den Sie mir lange genug entzogen haben.“

„Ah, die gnädige Frau.“ ritterlich sprang einer der Herren sofort auf, und auch die anderen beiden Herren warfen die Karten auf den Tisch und die dazukommende Dame zu begrüßen. Aber das war nicht nach Drencks Beschma. Er hatte in der letzten Viertelstunde anhaltend Bech gehabt, und nun, wo er zum ersten Male eine große Chance hatte, kam natürlich keine Frau und verdarb ihm alles.

(Fortsetzung folgt).

Handel und Verkehr

Die Marktlage

Die Aufwärtsbewegung auf den ausländischen Buttermärkten hat in der abgelaufenen Woche weiter angehalten, da die Nachfrage auf dem englischen Markt vor dem Inkrafttreten des Butterzolls (1. März) unverändert lebhaft war. Saisonmäßig ist auch die Erzeugung zurückgegangen. So konnten auch im deutschen Inland die Preise wieder erhöht werden, obwohl sie noch unter den gegenwärtigen Auslandspreisen liegen. (Die dänische Kernennotierung wurde z. B. in letzter Woche um 25 auf 255 Kronen erhöht.) Erfahrungsgemäß sinken die Preise nach dem Februar wieder ab. Bezüglich der weiteren Entwicklung ist daher gegenüber den Preissteigerungen im Ausland Vorzicht am Platz, da mit Rückschlüssen zu rechnen ist, wenn die Nachfrage in England nachläßt und die Erzeugung, wie zu erwarten ist, demnächst wieder steigt. Zunächst dürfte das Geschäft noch fest bleiben, da, wie gesagt, die Inlandpreise noch unter den Auslandspreisen liegen. Kempten notierte am 17. Februar für erste Güte 130 (gegen 118 am 10. Februar), für zweite 118 (105) M. je Ztr.

Von Interesse ist ein Preisvergleich der Berliner Notierung je Ztr. im Jahresdurchschnitt: 1913 118 M., 1925 186,50, 1926 170,50, 1927 173, 1928 179,50, 1929 172, 1930 189,50, 1931 125, Mitte Januar 1932 97, Mitte Februar 127 M.

Am Käsegeschäft hat sich wenig verändert; es ist ruhig geblieben. Die bessere Preislage für Butter hat in den Käsegebieten da und dort dazu geführt, mehr zur Buttererzeugung überzugehen, wo es die Verhältnisse gestatteten. So wird aus dem Allgäu berichtet, daß mit einer Einschränkung der direkt unter Label gewordenen Herstellung von Limburger zu rechnen ist. Blich doch die Kemptener Notierung auf dem niedrigen Satz von 16 bis 19 M. für grüne Ware. Es dürfte hier durch die Erzeugungseinschränkung und weil die Vorräte an pasteurisierter Ware nicht sehr groß sind, eine Besserung der Marktlage zu erwarten sein. Auch die Nachfrage der Schmelzwerke scheint wieder größer zu werden. Bei Emmentaler ist infolge stärkerer Nachfrage der Schmelzwerke bereits eine Besserung der dritten Qualitäten zu bemerken, während für die besseren Qualitäten das Geschäft gedrückt geblieben ist. Kempten ließ die Notierung unverändert 80—86, 70—75, 60 bis 65 M.

Am Eiergeschäft hat das eingetretene Frostwetter kaum einen Einfluß auf die Entwicklung der Marktlage auszuüben vermocht, da die Jahreszeit doch schon ziemlich weit vorgeschritten ist und die Produktion allenthalben zunimmt. Die Auslandszufuhren waren nicht stärker als in der Vormoche, aber immerhin noch groß genug, und sie werden mit dem Eintreten des englischen Zolls ohne Zweifel stark anwachsen. Die Nachfrage des Verbrauchs hat sich etwas belebt, läßt aber noch viel zu wünschen übrig.

Auf den Schlachtmärkten hat das Frostwetter weiterhin günstig gewirkt, sofern die Anreize im Fleischgeschäft anhält, wenn auch bereits ein leichtes Abflauen bemerkbar ist. Davon haben nun auch die saisonmäßig nicht begünstigten Kälber- und Schweinemärkte profitiert, bei letzteren war allerdings auch der Zutrieb schwächer. Da nun aber das Angebot an Schweinen künftig wieder größer werden wird, um die Stallbestände zu vermindern, wird man bezüglich der Anhaltens der augenblicklichen nicht ungünstigen Preislage vorsichtig sein müssen.

Auf dem Gemüsemarkt haben sich die Preisbesserungen nicht voll behaupten können, die Nachfrage ist aber befriedigend. Die besseren Preise im Inland haben alsbald eine Vermehrung der Auslandszufuhr, namentlich von Salat und Spinat, zur Folge gehabt.

Der Reichsverband der deutschen Industrie zu den aktuellen Wirtschaftsproblemen

Berlin, 20. Febr. Der Reichsverband der deutschen Industrie hielt gestern unter Vorsitz von Dr. Krupp v. Bohlen u. Halbach Sitzungen seines Vorstands und Hauptauschusses ab, in deren Verlauf u. a. Geheimrat Kahl über das Thema „Wirtschaftsnot und Kreditnot“ referierte. Die weltwirtschaftliche Zerrüttung, erklärte er, könne nur auf der Grundlage einer internationalen Regelung gebessert werden; allerdings müsse vorher noch in der Reparationsfrage die notwendige Klärung herbeigeführt werden. Die Regierung müsse sich künftig vor Eingriffen in die private Rechtssphäre grundsätzlich enthalten. Zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Kräfte des Unternehmertums müsse vor allem das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage und freie Vereinbarungen über den Arbeitslohn wieder zur Geltung kommen. Die Erfüllung dieser Forderung bedeute keinen Angriff auf das Tarifvertragssystem, sondern nur auf eine Zulastung der Erfahrung, die dem Arbeitnehmer nur den Verlust der Arbeitsstätte bringe. Die Auswirkungen der Deflation müssen durch geeignete Maßnahmen umgehend gemildert werden.

Bedeutender Konkurs im Ruhrbergbau

Die mit einem Aktienkapital von 5,5 Mill. RM. ausgestattete Forstbetriebs- u. Sandverwertungs- u. G. Haard in Essen, eines der bedeutendsten Gemeinschaftsunternehmen des Ruhrbergbaus, hat sich genötigt gesehen, die Eröffnung des Konkurses zu beantragen. Die bedeutendsten Forderungen haben sich an der im Jahr 1928 erfolgten Gründung beteiligt. Hauptzweck des Unternehmens war die Beschaffung von Bergwerkskapital zur Wiederanfüllung der durch den Kohlenabbau entstehenden unterirdischen Hohlräume. Es war in Aussicht genommen, den größten Teil des Geländes an die öffentliche Hand zu verpachten, um so auch größere laufende Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Aus-

bringung der hohen Zinssätze zu bekommen. Die Staats- und Gemeindebehörden waren aber wegen der fortschreitenden Finanznot dazu nicht in der Lage. Auch die aus dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit angestrebte Steuerbefreiung wurde abgelehnt. Infolgedessen haben die beteiligten Forderungen noch mehr als 2,5 Mill. Reichsmark aufbringen müssen. Die Forderungen sehen sich aber angesichts der trostlosen Lage des Bergbaus nicht mehr in der Lage, weiteres Mittel für die Finanzierung des Gemeinschaftsunternehmens zur Verfügung zu stellen.

Belämpfung der Hüllenswurmfkrankheit

Stuttgart, 19. Febr. Die Zahl der Hüllenswurmfunde bei den Schlachtieren hat in Württemberg in den letzten Jahren statt zu der erwartenden Abnahme eine Zunahme erfahren. Durch die Beschlagnahme der mit Hüllenswürmern befallenen Teile der Tierkörper gehen nicht unerhebliche Fleischwerte verloren. Außerdem birgt die Zunahme der Hüllenswurmfkrankheit bei den Haustieren eine vermehrte Gefahr für den Menschen, diese Krankheit zu erwerben, in sich. Der Mensch steckt sich durch Aufnahme der Brut des Hüllenswurms-Bandwurms an, der sich beim Hund nach Aufnahme von Hüllenswürmern oder von Organen, die mit diesem Schmarotzer befallen sind, entwickelt. Das Innenministerium hat infolgedessen Bestimmungen zur Belämpfung dieser Krankheit erlassen.

Die Fleischbeschauer haben sämtliche Organe, die sich des Hüllenswurms sein können, mit größter Sorgfalt auf das Vorhandensein dieser Schmarotzer zu untersuchen. Das achtlose Wegwerfen einzelner ausgeschchnittener Hüllenswürmer, die dadurch den Hund zugänglich werden, wird nachdrücklich unterbunden; auch die einzelnen ausgeschrittenen Hüllenswürmer sind sorgfältig zu sammeln und der unschädlichen Beseitigung zuzuführen. Hunde sollen von den Schlachträumen wie von den Verkauf-, Aufbewahrungs- und Verarbeitungsräumen der Metzgereien ferngehalten werden. Den Metzgerern ist in ihrem eigenen Interesse eindringlich zu raten, auf die Haltung von Hunden zu verzichten, andernfalls sollen die Hunde von Zeit zu Zeit einer Bandwurmkur unter tierärztlicher Leitung unterworfen werden; hierzu sind die Hunde einzusperrten und ihre Abgänge sind durch Verbrennen oder Vergraben unschädlich zu beseitigen.

Zur Verhütung der Weiterverbreitung der Hüllenswürmer sind nicht beschaulichiger Schlachtungen sind die Bandwürmer, namentlich auch die Schäfer, darauf hinzuweisen, daß krankhaft veränderte Organe von Schlachtieren, insbesondere solche mit Jagen, „Wasserblase“, unter keinen Umständen an Hunde verfüttert werden dürfen, sondern durch Verbrennen oder tiefes Vergraben unschädlich zu beseitigen sind. Auch den Schäfern ist dringend zu raten, ihre Hunde in bestimmten Zeitabständen einer Bandwurmkur unter den obengenannten Vorkehrungsmaßnahmen zu unterwerfen.

Der Mensch erkrankt an der Hüllenswurmfkrankheit nach Aufnahme der Brut des beim Hund schmarotzenden Hüllenswurms-Bandwurms. Diese Aufnahme kann bei allzu vertraulichem Umgang mit Hunden insbesondere dadurch erfolgen, daß sich Menschen von Hunden belecken lassen.

Berliner Pfandkurs, 20. Febr. 14,51 G., 14,56 B.

Berliner Dollarkurs, 20. Febr. 4,209 G., 4,217 B.

Reichsbankdiskont 7, Lombard 8 u. 9.

Privatdiskont 6,625 u. 9. kurz und lang.

Württ. Silberpreis, 20. Febr. Grundpreis 45,40 RM. d. Kg.

Die Großhandelsmeßzahl vom 17. Februar 1932 ist mit 100,0 gegenüber der Vormoche um 0,4 v. H. gestiegen.

Deutsche Ausfuhrstelle für die Möbelausfuhr. Nachdem die französische Regierung die Einfuhr deutscher Möbel auf eine gewisse Gewichtsmenge eingeschränkt (kontingentiert) hat, wurde von der deutschen Verhandlungskommission am 3. Februar 1932 ein Kontingentierungsvertrag mit dem Bund der französischen Möbelindustrie abgeschlossen. Zur Durchführung dieses Vertrags wurde nun die „Ausfuhrstelle der Gruppe Möbelindustrie des Reichsverbandes der deutschen Holzindustrie“ (Berlin SW, 11, Stresemannstr. 101) gegründet, mit der Aufgabe, die Kontingentierungsmengen zu verwalten, gegebenenfalls zu verteilen und die nötigen Ausfuhrerlaubnisse auszustellen. Ab 1. März 1932 können also nur noch solche Firmen nach Frankreich ausführen, die einen Kontingentanteil von der Berliner Ausfuhrstelle zugewiesen erhalten haben.

Der Antrag der Bad Mergentheim AG. auf Bewilligung einer Zahlungsfrist für die aufgewerteten Kapitalbeträge ihrer Schuldverschreibungen in Höhe von 36 165 RM. ist von der Spruchstelle Stuttgart zurückgewiesen worden.

5000 Saarbergleute entlassen. Die Bemühungen der Bergarbeiterverbände, den von der französischen Bergwerksverwaltung beschlossenen Abbau von 5000 Bergleuten zu vermeiden, blieben erfolglos, obwohl die gesamte Belegschaft sich zu weiteren Arbeitszeitkürzungen bereit erklärte. Die Bergbauverwaltung hat mitgeteilt, daß am 27. Februar 3000 von der vorgesehenen Gesamtzahl von 5000 entlassen werden, darunter bestanden sich 800 Saar-gänger.

Herabsetzung des Bierpreises in Bayern. Der Haushaltsaus-schluß des Landtags nahm einen Antrag der Sozialdemokraten und der Bayerischen Volkspartei an, der die Staatsregierung ersucht, erneut Schritte zwecks durchgreifender Herabsetzung des Bierpreises einzuleiten. Sollte auf diesem Weg nichts zu erreichen sein, so soll die Staatsregierung zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die staatlichen Brauereibetriebe den Austritt aus dem Baner-

ischen Brauerbund erklären, um eine selbständige Regelung des Bierpreises in den Staatsbetrieben herbeizuführen.

Zimmersteuer. Die mecklenburgische Driftschiff Aukt., die wie fast alle Gemeinden an Geldmangel leidet, hat eine Zimmersteuer eingeführt. Für jedes heizbare Zimmer ist eine Steuer von einer Mark jährlich zu zahlen.

Weitere Betriebseinschränkungen in Westfalen. Die Gewerkschaft „Ewald“ in Essen entläßt wegen Abgahmangels weitere 400 Arbeiter. Die Fehde „Alte Hellweg“ in Unna, „Rahb“ in Hochel und „Werne“ (Mädnerwerne) werden je 50 Mann kündigt. Die Fehde „Rathias Sinnes“ arbeitet nur noch drei Tage in der Woche. Die Kruppische Friedrich-Wilhelm-Hütte in Rheinhausen wird erneut auf 14 Tage stillgelegt.

Ältere Brauereigesellschaft in Ulm. Wie das Oberlandesgericht Stuttgart, Spruchstelle für Goßbilanzen, mitteilt, ist der Gesellschaft auf ihren Antrag betr. Bewilligung einer Zahlungsfrist für die aufgewerteten, am 1. 1. 32 fällig gewordenen Kapitalbeträge ihrer Schuldverschreibungen von 190 800 M., die Rückzahlung von Teilbeträgen von je 15 000 M. am 1. Oktober 1932, 1933 und 1934 aufgegeben, im übrigen aber Stundung bis zum 31. 12. 34 bewilligt worden.

Berliner Getreidepreise, 20. Febr. Weizen märk. 24,60—24,90, Roggen 19,80—20, Braugerste 16,30—17, Futter- und Industrie-gerste 15,60—16,10, Hafer 14,90—15,60, Weizenmehl 30,25—31,50, Roggenmehl 28—29,75, Weizenkleie 9,80—10,10, Roggenkleie 9,80 bis 10,10.

Magdeburger Zuckerpreis, 20. Febr. Innerhalb 10 Tagen 31,45, Febr. 31,80, März 31,85. Tendenz stetig.

Berliner Metallmarkt, 20. Febr. Elektrolytkupfer prompt cif Nordseehäfen 62 M., die 100 Kg.

Bremen, 20. Febr. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 8,31.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 20. Febr. Edeläpfel 16—20; Tafeläpfel 8—15; Kartoffeln 4—5; Endivienalat 5—10; Birking (Rohtraut) 10—12; Weiskraut, rund 6; Rohtraut 6—8; Rosenkohl 1 Pfd. 20—25; Grünkohl 10—12; rote Rüben 7—8; gelbe Rüben 6—8; Karotten, runde 20—25; Zwiebel 11—13; Rettiche 5—8; Monatsrettiche 15—20; Sellerie 6—20; Schwarzwurzeln 20—25; Spinat 25—35.

Württ. Markenbutter 1,52 (13. Febr. 1,47), Teerbutter 1 Güte 1,47 (1,40), 2 Güte 1,43 (1,37) M. d. Pfd.

Deutsche Frischener (roter Stempel) 10 (10,5), Landeier 8,5 (10), Mittleier 7 (7,5) S. d. St.

Das Wetter

Der Hochdruckrücken, der sich von England nach Polen erstreckt, hat sich abgeschwächt, beherrscht aber noch die Wetterlage in Süddeutschland, so daß für Dienstag zwar zeitweilig bedecktes, aber immer noch trockenes Wetter zu erwarten ist.

Ob der Hausbesitzer die Gebäudeentwässerungssteuer ablösen soll, ist eine Frage, die bald von jedem Hausbesitzer entschieden werden muß, die aber auch die mannigfaltigsten Schwierigkeiten in sich birgt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß — zusammengestellt von einem Fachmann — in dem bekannten Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, unter dem Titel: „Wie kann die Gebäudeentwässerungssteuer in Württemberg abgelöst werden? Ein Führer mit praktischen Beispielen durch die reichs- und landesrechtlichen Bestimmungen“ soeben eine Schrift zum Preise von nur 40 Pfennig erschienen ist, die durch klare Darstellung und viele praktische Beispiele jedem Betroffenen bei der Lösung dieser Frage, ausgezeichnete Dienste leistet und deren baldige Beschaffung deshalb zu empfehlen ist.

Eine ideale Einrichtung für den Rundfunkhörer ist die bekannte Radiozeitung „Junt-Musikerte für Süddeutschland“. In der soeben erschienenen Nummer 8 findet man nicht weniger als 39 Bilder und viele interessante Beiträge und sonstigen Unterhaltungsstoff. — Die „Junt-Musikerte“ bringt ferner das vollständige, offizielle Programm des Stuttgart-(Mühlacker-)Freiburger Senders; ein ausführliches (7 Seiten)-Programm der bedeutendsten europäischen Sender bildet hierzu außerdem noch eine willkommene Ergänzung. — Der Preis dieser Zeitschrift ist für das Gebotene außerordentlich niedrig. Monatlich kostet die „Junt-Musikerte“ nur 80 Pfennig. — Für vermöhere Hörer empfehlen wir die Ausgabe B mit der 32 Seiten umfassenden Sonderbeilage: „Europäische Vortragsfolgen. Preis monatlich nur RM. 1,10. — Die Dauerbezieher beider Ausgaben sind außerdem noch kostenlos gegen Anfall versichert, bei Verheiraten auch die Ehefrau. Die vielen Auszahlungen beweisen diese Einrichtung als begrüßenswert. — Probenummern dieser bodenständigen Rundfunkzeitung versendet der Verlag Wilhelm Herget, Stuttgart, Reinsburgstraße 14 jederzeit gern. Zum Abonnementsbezug durch die ortsansässigen Buchhandlungen oder die Postämter sei die „Junt-Musikerte“ wärmstens empfohlen.

Für landw. Gebrauchsartikel ist die

Bezirksverkaufsstelle

für das dortige Oberamt zu vergeben. Der Verkauf erfolgt an Wiederverkäufer, wie Kolonial- und Gemischtwarengeschäfte, Drogerien, Darlehenstassenvereine, Lagerhäuser usw. Herren, gleich welchen Wohnortes, welche sich dazu befähigt halten, an intens. Arbeiten gewöhnt sind und über ca. 2—300 Mark für Lager verfügen, wollen Angebote einreichen unter B. 263 an Ossa-Werk Oskar Seiler, Stuttgart.

Bertreter

gef. für Vert. von Röst-kaffee an Hotels und Pensionate.

Guatemala-Kaffee-Versand

August Scheel
Hamburg 25

2. oder 3.

Zimmer-Wohnung

mit Zubehör

in gutem Hause

zu vermieten.

Näheres in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Welche arbeitsfreudige Damen und Herren möchten

Berkaufsfiliale

und den Verkauf an Private für Strickwolle übernehmen

Ausführliche Bemerkungen unter Darlegung der Verhältnisse erbeten unter R. Sch. 35 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Endlich kommt Er leise,
Nimmt uns bei der Hand,
Führt uns von der Reise
Heim ins Vaterland.

Todes-Anzeige.

Allen Tieffühlenden die überaus schmerzliche Nachricht,
daß meine herzensgute, über alles geliebte Mutter

Frau Mathilde Seifert Wwe.

Samstag früh 8.25 im Alter von 60 Jahren sanft in dem Herrn
entschlafen ist. Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.

Wildbad, 20. Februar 1932.

Um stille Teilnahme bittet

Der Sohn: Emil Schmid

Berdigung findet Dienstag nachmittag 2 Uhr auf dem alten Friedhof statt.

Tüchtiges Servierfräulein

mit guten Empfehlungen aus
ersten Hotels von Kurorten,
sucht Saison-Stellung
in Wildbad.

Anfragen beantwortet die Tag-
blatt-Geschäftsstelle, wofelbst
auch Zeugnisabschriften auf-
liegen.

Es sind noch weitere

14 Geldgeber für Hypotheken und Bauten

zu 4—5% eingelaufen.

Näheres
Karl Egel
neben der Bergbahn.

Nichtraucher

in 3 Tagen. Auskunft kostenlos!
Sanitas-Depot, Halle a. S. 176 D.

